

**Regierungserklärung des Ministerpräsidenten  
Peter Harry Carstensen  
„Mut. Tatkraft. Aufbruch:  
In Verantwortung für Schleswig-Holstein.“  
am 18. November 2009, 10 Uhr**

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Die Menschen in Schleswig-Holstein haben ihre Wahl am 27. September getroffen. Dieses Hohe Haus hat mich in seiner ersten Tagung im Oktober zum Ministerpräsidenten gewählt, und ich habe dieses Amt dankbar angenommen.

Heute kann ich sagen:

Die neue Regierung ist mit Mut angetreten.

Voller Tatkraft geht sie ihre Aufgaben an.

Um für Schleswig-Holstein den Aufbruch zu schaffen.

Mut. Tatkraft. Aufbruch.

In Verantwortung für Schleswig-Holstein.

Ein starkes Team hat diese Verantwortung übernommen.

Wir haben eine überzeugende Mischung aus erfahrenen und neuen Frauen und Männern am Kabinetttisch.

Übrigens: Es sind mehr Frauen als im alten Kabinett. Viele Kompetenzen spiegeln sich wider. In dieser Koalition sind sich – und ich betone das – beide Koalitionspartner der Ernsthaftigkeit der vor uns

liegenden Aufgaben bewusst. Und beide Partner wollen den Erfolg dieser Regierung. Weil es um Schleswig-Holstein geht.

Wir haben keine Zeit zu verlieren. Deshalb gebe ich meine Regierungserklärung bereits drei Wochen nach der Vereidigung ab. Heute gießen wir das Fundament für die künftige Regierungsarbeit. Ich möchte Ihnen, den Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, und den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes die ersten Ziele meiner Regierung vorstellen.

### ***1. Koalition des Aufbruchs***

Die Partner in der Koalition sind zügig an die Arbeit gegangen. Sie haben Verantwortung übernommen für die 17. Legislaturperiode.

Und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes können darauf vertrauen, dass CDU und FDP im Schulterschluss, verlässlich und hart für das Gemeinwohl in Schleswig-Holstein arbeiten werden.

Wir haben einen Politikwechsel und einen Wandel im politischen Umgang miteinander.

Ich habe meine Schlüsse aus den Erfahrungen der Großen Koalition gezogen.

Was ist der Kern dieser Erfahrungen?

Es war sicher nicht alles schlecht. Schleswig-Holstein hat mit der Vorgängerregierung manchen wichtigen Schritt nach vorne gemacht.

Aber wir haben erleben müssen, dass breite parlamentarische Mehrheiten am Ende nicht der Schlüssel zu großen Reformen sind.

Wir haben erleben müssen, dass der kleinste gemeinsame Nenner schließlich nicht eingelöst hat, was eine große Mehrheit versprochen hat.

Und wir haben erleben müssen, dass ein Bündnis

- ohne echte Partnerschaft,
- ohne echtes Vertrauen und
- ohne Aufrichtigkeit

letztlich kraftlos bleibt. Als Ministerpräsident muss ich Vertrauen in die Verlässlichkeit der Führung des

Koalitionspartnern haben können. Das war nicht mehr gegeben.

Ich sage Ihnen: Das hat sich jetzt geändert.

Unser Mandat gilt für die kommenden fünf Jahre. Unser Denken und Handeln richtet sich aber auf einen weit größeren Zeitraum.

Diese Regierung aus CDU und FDP denkt über die Legislaturperiode hinaus. Wer nur auf den nächsten Wahltermin blickt, kann nicht mittelfristig oder langfristig Politik gestalten und dem Land für die Zukunft eine Perspektive geben.

Ich sage Ihnen zu: Das wird sich ändern.

Wer nicht den Mut hat, die gewaltigen Herausforderungen für unser Land in aller Klarheit zu benennen und notwendige Reformen anzupacken, minimiert den Handlungsspielraum innerhalb kürzester Zeit. Stillstand, wie er zuletzt in einem Bündnis mit der SPD herrschte, weil der eine beschleunigen und der andere bremsen wollte, können wir uns nicht leisten!

Auch hier sage ich Ihnen zu: Das wird sich ändern.

Die Regierung aus CDU und FDP wird das ändern!

Und heute fangen wir damit an!

Wir haben diesen Anspruch erhoben und wir werden ihn auch erfüllen: Das Bündnis von CDU und FDP ist eine Koalition des Aufbruchs!

Wir haben den Mut zum Aufbruch.

Wir haben den Willen, Schleswig-Holstein für das Jahr 2020 zukunftsfest zu machen.

Und wir haben die Kraft dazu. Wir wollen Schleswig-Holstein gestalten!

## ***II. Mit dem Werte-Kompass Kurs halten***

Die Regierungspartner gehen gemeinsam einen sicherlich steinigen Weg. Aber sie gehen ihn zusammen und in dieselbe Richtung, weil sie einem gemeinsamen Kompass folgen. Das hat sich schon in den Koalitionsverhandlungen gezeigt; sehr zu meiner Freude. CDU und FDP richten sich nach denselben Werten und Überzeugungen.

Wir wollen ein modernes und selbstbewusstes Schleswig-Holstein. Wir setzen uns für die Handlungsfähigkeit unseres Landes ein, um es auch in Zukunft aus eigener Kraft gestalten zu können. Wir wollen unsere Zukunft selbst bestimmen!

Denn machen wir uns nichts vor: Es geht in den nächsten Jahren um den Erhalt der Handlungsfähigkeit unseres Landes!

Uns eint die Überzeugung, dass es machbar ist. Und wir sind genauso fest überzeugt, dass es jede Anstrengung wert ist!

Wir wissen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht das Heil vom Staat erwarten. Sterntaler fallen nur im Märchen vom Himmel. Nein, sie wollen in Freiheit und Eigenverantwortung ohne Bevormundung leben. Auch Wohlfahrt kann erdrücken!

Vom Staat erwarten die Bürgerinnen und Bürger einen verlässlichen und fairen Rahmen für ihren persönlichen Erfolg. Und diesen Anspruch auf Chancengerechtigkeit haben sie zu Recht!

Wir kommen ihnen dabei entgegen:

Wir wollen mehr Verantwortung fordern und  
mehr Freiheit geben!

Freiheit, wirtschaftliches Wachstum und soziale  
Gerechtigkeit sind kein Widerspruch. Wer glaubt,  
derjenige ist sozial, der das meiste Geld und dann  
noch das Geld anderer ausgibt, der täuscht sich.  
Nein. Sozial ist mehr, viel mehr: Sozial ist auch, der  
dafür sorgt, dass es wirtschaftliches Wachstum gibt,  
dass es überhaupt Geld zu verteilen gibt.  
Leistung hat Wertschätzung verdient!

Diese Regierung wird sich darum kümmern, dass es  
sozial gerecht zugeht:

- gerecht zwischen jung und alt,
- gerecht zwischen Männern und Frauen und
- gerecht zwischen denen, die mehr, und denen,  
die weniger Möglichkeiten haben.

Darauf können sich die Menschen in Schleswig-  
Holstein verlassen!

Wir wissen um den hohen Wert der Familie. Aus ihr  
erwachsen Geborgenheit und Respekt, Rechte und

Pflichten. Diese auch für Demokratie und Wirtschaft wertvollen Güter halten wir hoch.

Meine Regierung wird getragen von dieser Haltung, der wir mit Herz und Verstand Ausdruck verleihen. Beides setzen wir ein, um unsere Heimat zum Wohle aller zu gestalten.

Und erlauben Sie mir diesen persönlichen Zusatz:  
Das ist mir auch als Christ eine große Verantwortung.

Das sind die Werte, auf deren Grundlage wir unseren Aufbruch begründen.

Wir werden Antworten geben auf aktuelle, ja drängende Fragestellungen, die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft maßgeblich betreffen.

Auch unser Land ist ganz wesentlich durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise getroffen. Sie wirkt sich aus auf alle Bereiche unseres Lebens. Keiner kann heute sagen, wann sie zu Ende ist. Aber gerade deshalb wollen wir jetzt Wegmarken setzen, wollen wir jetzt eine Perspektive für das Jahr 2020 entwickeln.

Folgende Schwerpunkte haben wir für unsere Arbeit festgelegt:

1. Wir werden Arbeit und Beschäftigung sichern.
2. Wir werden neues Wachstum ermöglichen.
3. Wir werden die Bildungsqualität verbessern. Und
4. wir werden die Schöpfung bewahren.

Klare Prioritäten für die nächsten Jahre.

### ***III. Erschwerte Bedingungen: Finanzen ordnen***

Wir müssen uns auf das Wesentliche konzentrieren, da unsere politischen Gestaltungsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt sind.

Wir leben auf Kosten unserer Kinder. Und die können die Erbschaft nicht ausschlagen. Hier ist etwas in unserem Land nicht in Ordnung!

Wir wollen Ordnung schaffen: nachhaltig.

Nachhaltigkeit erfasst alle Themenbereiche von der Haushaltspolitik über die Bildungs- und Sozialpolitik bis zur Wirtschafts- und Umweltpolitik. Wir setzen auf

eine Entwicklung mit einem langen Atem, die langfristig und tragfähig unser Land voranbringt.

Diese Regierung wird für eine nachhaltige und solide Finanzpolitik stehen. Wir haben von der rot-grünen Regierung im Mai 2005 allein für das Haushaltsjahr einen Fehlbetrag von 1,7 Milliarden Euro übernommen: Das sind 1.700 Millionen Euro!

Diesen Fehlbetrag haben wir schon nach einem Jahr halbiert und 2008 auf unter 300 Millionen Euro gedrückt! Der Landesrechnungshof hat uns attestiert: „Die Landesregierung ist mit den zusätzlichen Steuereinnahmen verantwortungsvoll umgegangen.“

Die anhaltende weltweite Wirtschaftskrise hat uns in unseren Bemühungen um die Haushaltskonsolidierung deutlich zurückgeworfen. Das Haushaltsdefizit wird sich massiv erhöhen.

Schleswig-Holstein wird in den vier Jahren bis 2012 rund vier Milliarden Euro Steuern weniger einnehmen als bisher geplant. Das hat nun die November-Steuerschätzung bestätigt. Und deshalb muss sich etwas ändern!

Politik beginnt mit der Betrachtung der Realität: sehen, was ist. Aber sie darf auch nicht die Augen vor dem verschließen, was kommt.

Wenn wir nicht massiv gegensteuern, werden sich bis zum Jahr 2020 Zinsausgaben und Schuldenstand annähernd verdoppeln.

Das ist zwar eine Prognose. Aber dennoch müssen wir erkennen: Die Handlungsfähigkeit des Landes würde auf Null sinken! Und deshalb ist es richtig, diese Prognose jetzt in den Raum zu stellen und nicht erst 2012 oder 2016!

Die Schuldenuhr läuft und die Zeit wird knapp. Also haben wir uns ein klares Ziel gesetzt: Wir wollen den Landeshaushalt ab 2020 ohne neue Schulden ausgleichen.

Dafür wollen wir unsere Landesverfassung ändern.

Wir wollen bis Mitte nächsten Jahres das Neuverschuldungsverbot in unserer

Landesverfassung verankern, das dann 2020 in Kraft tritt.

Ich werbe hier um Unterstützung.

Aus Verantwortung für Schleswig-Holstein!

Dieser Appell richtet sich nicht nur an die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Er richtet sich an alle Menschen in unserem Land.

Die Haushaltskonsolidierung ist dieser Regierung per se eine moralische Verpflichtung. Selbst wenn wir keine verfassungsrechtliche Zielmarke 2020 für einen schuldenfreien Haushalt hätten, so müssten wir doch Einnahmen und Ausgaben in Einklang bringen. Alles andere wäre unmoralisch!

Von jetzt auf gleich geht es nicht. Der Konsolidierungspfad ist lang und steinig: Wir werden das strukturelle Defizit des Jahres 2010 von mehr als einer Milliarde Euro bis 2020 im Durchschnitt jährlich um 10 Prozent senken müssen, wenn wir nicht die 80 Millionen Euro Konsolidierungshilfen verloren geben und unser Ziel nicht verfehlen wollen.

Deshalb werden wir die Haushaltsplanung umgestalten: Wir werden den gesamten Konsolidierungszeitraum bis 2020 im Rahmen einer langfristigen Finanzplanung in den Blick nehmen.

Ich verschweige Ihnen dabei nicht die Fragen, die auch mich beschäftigen.

- Wie wird sich die Rezession auswirken?
- Wie wird der Bund den Finanzrahmen gegenüber den Ländern verschieben?
- Und wie stark wird das tatsächliche Wachstum in den kommenden Jahren sein, das wir für die Konsolidierung unbedingt brauchen?
- 

Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es in der vergangenen Woche gesagt: „Die Probleme werden erst noch größer werden, bevor es besser werden kann.“ Was im Bund gilt, gilt auch für uns: Schleswig-Holstein ist keine Insel.

Aber ich meine: Dafür, dass es besser werden kann, müssen wir jetzt anpacken. Und das werden wir tun.

Ich will Ihnen ein Zehn-Punkte-Programm zur Konsolidierung des Landeshaushaltes vorstellen.

Erstens: Wir werden kurzfristig eine Haushaltsstrukturkommission einsetzen, die den Prozess zur Konsolidierung der Ressorthaushalte, zum Aufgabenabbau und zur Aufgabenauslagerung beschleunigt.

In der Kommission sollen vertreten sein:

- der Finanzminister als Vorsitzender,
- die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsfaktionen,
- die haushaltspolitischen Sprecher der Regierungsfaktionen und
- der Chef der Staatskanzlei.

Ich freue mich, dass auch der Landesrechnungshof mir gegenüber bekundet hat, mitwirken zu wollen.

Die Kommission wird alle Möglichkeiten zur Gesundung des Landeshaushalts prüfen. Erste Wegweisungen erwarte ich zu den Beratungen über einen Nachtragshaushalt Mitte nächsten Jahres!

Zweitens: Ein zentraler Schlüssel zur Gesundung des Landeshaushaltes liegt in der Personalstärke. Bis zum Jahr 2020 werden wir zehn Prozent der Personalstellen des Landes abbauen. Weiter ist noch keine andere Landesregierung in Schleswig-Holstein gegangen!

Den Stellenabbau können wir auf Grund des demographischen Wandels sozialverträglich und ohne betriebsbedingte Kündigungen machen: Rund 20.000 Beschäftigte des Landes gehen bis 2020 in den Ruhestand.

Davon werden rund 5.600 Stellen gestrichen. Ungefähr jeder Vierte, der in Ruhestand geht, wird keinen Nachfolger haben. Das bringt rund 280 Millionen Euro Entlastung für den Landeshaushalt!

Drittens: Ein zentrales Personalmanagement beim Finanzministerium wird den Stellenabbau koordinieren. Zugleich werden wir ein hohes Leistungsniveau in der Landesverwaltung sicherstellen. Die Grundsätze der Personalentwicklung und die Rekrutierung der Nachwuchskräfte für die allgemeine Verwaltung mit den ressortübergreifenden Personalangelegenheiten

habe ich deshalb in die Staatskanzlei geholt. Die Beschäftigten werden wir systematisch fördern und gezielt auf die veränderten Aufgaben vorbereiten.

Viertens: Wir werden die Zuwendungen deutlich reduzieren. Und wir werden die institutionelle Förderung stärker auf Projektförderung umstellen. Mir ist bewusst: Das trifft auch Vereine, Verbände und Organisationen, die wertvolle Arbeit machen: Naturschutzverbände, Sozialverbände, Sportverbände, aber auch Kammern und Stiftungen.

Aber wir haben keine Wahl:  
Interessen einzelner Verbände müssen zurückstehen für das Gemeinwohl!

Ich weiß, dass Ankündigung und Umsetzung mutig sind:

Wir werden Verzicht üben müssen.

Denn wir sind darin ungeübt!

Fünftens: Wir werden ein Benchmarking etablieren, das die Leistungen Schleswig-Holsteins im Vergleich zu den anderen Ländern bewertet. Manche

Leistungen wird sich dieses Land in Zukunft nicht mehr erlauben können!

Sechstens: Wir bauen Aufgaben ab. Und neue Aufgaben können nicht „on top“ gesetzt werden! Wer neue Aufgaben und damit zusätzliche Ausgaben will, muss künftig sagen, was dafür an anderer Stelle gestrichen werden soll.

Siebtens: Das Land kann den Kommunen keine zusätzlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, weil wir eine Schicksalsgemeinschaft bilden. Wir werden nur gemeinsam unser Land auf den richtigen Weg bringen.

Zu unseren Verpflichtungen werden wir stehen.

Notwendige Freiräume müssen durch Aufgabenreduzierung erarbeitet werden: Beim Land und in den Kommunen. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten.

Achtens: Ich begrüße ausdrücklich, dass die Bundesregierung entschlossen ist, Impulse für einen dynamischen und stabilen wirtschaftlichen

Aufschwung zu geben. Aber das darf nicht dazu führen, dass Schleswig-Holstein die Hände gebunden werden: jetzt, wo wir anpacken wollen.

Das ist auch eine Frage der Solidarität.

Ich meine: Wenn der Bund Steuersenkungen plant, muss er die Konsequenzen für die Länderhaushalte berücksichtigen. Bei uns ist vieles auf Kante genäht. Wir haben nichts mehr zuzusetzen!

Der Föderalismusreform haben wir im vergangenen Jahr zugestimmt im Vertrauen auch darauf, dass die finanzielle Situation des Landes nicht durch Entscheidungen des Bundes verschlechtert wird.

Wenn sich diese Geschäftsgrundlage ändert, dann brauchen wir einen fairen Ausgleich. Wer anderen Schecks ausstellt, muss sie auch bezahlen!

Neuntens: Zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung werden wir weiter investieren. Aber wir werden noch sorgfältiger ermitteln, ob wirklich jede einzelne Investition diesem Ziel dient.

Mit beschränkten finanziellen Mitteln müssen wir das maximal Mögliche erreichen. Deshalb werden wir die Wirtschaftsförderung des Landes konzentrieren. Nur die Investition mit der besten Rendite werden wir in Zukunft noch fördern können.

Zehntens: Nicht jedes Sonderangebot des Bundes und der EU ist für Schleswig-Holstein in Zukunft noch ein Schnäppchen!

Mit anderen Worten: Nicht mehr jedes Förderprogramm wird automatisch durch das Land ko-finanziert werden können.

- Nicht jede Fremdenverkehrsmaßnahme werden wir fördern können!
- Nicht jede einzelbetriebliche Investitionsmaßnahme kann subventioniert werden!
- Nicht jedes Gewerbegebiet, nicht jeder Radweg, nicht jede Maßnahme des ländlichen Wegebaus muss gefördert werden!
- Nicht jede arbeitsmarktpolitische Maßnahme werden wir mit Landesmitteln unterstützen können!

Das wird uns leicht den Vorwurf einbringen, wir ließen Brüsseler und Berliner Millionen liegen – davon abgesehen, dass diese Millionen zumeist auch auf Kredit finanziert sind:

Wir werden das zur Gesundung der Landesfinanzen wohl oder übel aushalten müssen!

Das sind zehn Wegmarken auf dem Konsolidierungspfad. Damit sind wir auf dem richtigen Weg, um Schleswig-Holsteins Handlungsfreiheit nachhaltig zu sichern!

Die Diagnose ist klar: Schleswig-Holstein krankt an seinen Finanzen.

Es wird bittere Medizin brauchen, um diesen auf Dauer unerträglichen Zustand zu heilen.

Ja, wir werden zu Entscheidungen kommen, die weh tun.

Und wir werden in den Wahlkreisen erklären müssen, warum künftig bestimmte Dinge nicht mehr gehen.

Doch am Ende, das kann ich voller Überzeugung sagen, wird es sich gelohnt haben. Unser Land wird

gestärkt aus diesem Prozess hervorgehen! Wir arbeiten für ein finanziell gesundes Schleswig-Holstein!

Ich werbe um Ihre Willenskraft.

Besonders um die Willenskraft der Abgeordneten, die diese Regierung tragen.

Wir werden gegen Widerstände zu kämpfen haben.

Ich mache mir keine Illusionen:

Morgen noch werden wir für den Sanierungskurs gelobt. Übermorgen schon, wenn es konkret wird, sieht die Sache anders aus. Wir werden die Menschen zu überzeugen haben, dass das der richtige Kurs ist!

Wenn wir durchhalten, wird Schleswig-Holstein durchatmen können.

Andernfalls liegt unser Land im Sauerstoffzelt.

Andere werden dann über unsere Zukunft entscheiden!

Jeder hier in diesem Hohen Haus ist aufgefordert mitzuwirken. Ich bin nicht hier, um zurückzublicken.

Aber wenn ich es doch tun sollte, dann müsste ich

feststellen: Jahrzehnte haben wir über unsere Verhältnisse gelebt.

Und dass uns der Schuldenberg derart niederdrückt, ist auch das Ergebnis von 21 Jahren sozialdemokratischer Regierungspolitik in Schleswig-Holstein!

Umso mehr lade ich auch Sie, meine Damen und Herren von der SPD, ein, dem Konsolidierungskurs zu folgen!

#### ***IV. Wachstum für Wirtschaft und Arbeit***

Sicherlich ist das ausschließliche Setzen auf: „Sparen, sparen, sparen“ in der globalen Krise nicht zielführend. Da hat unsere Bundeskanzlerin Recht.

Für Schleswig-Holstein sage ich:

- Einerseits für Wachstum und Beschäftigung sorgen und
- andererseits sparen, sparen, sparen,

das sind im Sinne einer klugen und verantwortungsvollen Haushaltskonsolidierung zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Das Land braucht nach der Krise steigende Steuereinnahmen. Nur so wird es in die Lage versetzt, seine Aufgaben zu erfüllen.

Und unser Land braucht Wachstum! Das wird sich wie ein roter Faden durch alle Politikbereiche ziehen: Wir werden den Rahmen schaffen für neues Wachstum!

Unser Leitbild ist die soziale und ökologische Marktwirtschaft. Sie vereint Leistungswillen und Solidarität. Sie eröffnet leistungsfördernde Anreize und Freiräume. Sie führt zu Innovation und neuen Produkten. Sie erzeugt Wirtschaftswachstum und Beschäftigung und sie kümmert sich auch um den Erhalt der Schöpfung. Für eine solche soziale und ökologische Marktwirtschaft macht diese Regierung Politik!

Neben Unternehmern und Arbeitnehmern steht die öffentliche Hand in Verantwortung, möglichst optimale Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wir schaffen sie über eine gezielte Infrastrukturpolitik.

Dazu gehören heute neben Straßen moderne Häfen, Flughäfen und Schienenverbindungen. Ein Mix an Finanzierungen durch private Banken und staatliche Institutionen gehört dazu genauso wie eine sichere, saubere und preiswerte Energieversorgung. Es zählen ausgezeichnete Forschungseinrichtungen ebenso dazu wie ein exzellentes Bildungs- und Schulsystem. Und nicht zuletzt auch ein moderner, funktionierender Rechts- und Sozialstaat.

Die kleinen und mittelständischen Betriebe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und geben in der Krise Halt. 90 Prozent der Arbeitsplätze sind dort zuhause. Mit unserer Offensive für Wachstum und Beschäftigung in Mittelstand und Handwerk wollen wir die wirtschaftsfreundlichsten Rahmenbedingungen in Deutschland schaffen!

Ich freue mich auch darüber, dass sich die Gewerkschaften an unserer Arbeit für Wachstum und Beschäftigung beteiligen wollen!

Gerade in der Krise werden wir den mittelständischen Betrieben mit unseren Finanzierungsinstrumenten zur Seite stehen.

Unsere Bürgschaftsbank, die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft und die Investitionsbank leisten wertvolle Arbeit. Die Werftarbeiter von Nobiskrug in Rendsburg zum Beispiel wissen das besonders zu schätzen!

Wir helfen da, wo es ein tragfähiges Unternehmenskonzept gibt und wo ein privater Investor Eigenkapital einbringt und damit Risiken übernimmt. Wir gehen auch in der Krise sorgfältig mit dem Geld der Steuerzahler um!

Nach wie vor ist das Sprichwort richtig, dass man die Kuh, die man melken will, füttern muss. Man darf sie nicht aushungern!

Deshalb werden wir die Hemmnisse für private Investoren beiseiteräumen und das Investitionsklima in Schleswig-Holstein weiter verbessern.

Unternehmen sollen sich darauf verlassen können, dass Genehmigungsverfahren transparent und schlank sind. Die Aufgabenkritik in der

Landesverwaltung wird darauf ihr Augenmerk richten. Die Wirtschaft soll merken: Ihre Investitionen sind bei uns willkommen!

Wir legen Wert darauf, dass alle Teile des Landes von den Rahmenbedingungen profitieren: Stadt und Land werden in Zukunft gleichberechtigt behandelt. Der zu überarbeitende Landesentwicklungsplan soll nicht Chancen begrenzen, sondern neue Freiräume für Wachstum schaffen!

Zum Motto: „Stadt und Land - Hand in Hand“ gibt es keine Alternative.

Unsere Städte, vor allem Kiel, Lübeck, Flensburg, Neumünster, aber auch die Städte im Süden des Landes haben zum Teil massive finanzielle, wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten. Die Landesregierung wird den Städten helfen.

Zusätzliches Geld kann ich den Städten allerdings nicht versprechen. Wohl aber, dass wir gemeinsam mit den Städten überlegen, wie wir die vorhandenen Förderprogramme für nachhaltige Projekte einsetzen

können. Das Wirtschaftsministerium wird zusammen mit dem Innenministerium auf die Städte zugehen.

Ich will ebenso den ländlichen Raum stärken: Das wird uns gelingen, indem wir die Menschen mit ihren kreativen Kräften und guten Ideen zu unternehmerischem Handeln und neuen Partnerschaften in der Fläche bewegen.

Deshalb werden wir den erfolgreich eingeschlagenen Weg der AktivRegionen, der bundes- und europaweit beispielhaft ist, fortsetzen. Land, Kommunen, Unternehmen und Bevölkerung werden gemeinsam Leuchtturmprojekte schaffen, aus denen Folgeinvestitionen resultieren.

Der ländliche Raum gehört genauso wie die urbanen Zentren zu Schleswig-Holstein!

Die Instrumente unserer Arbeitsmarktpolitik werden Chancen bieten. Arbeitsmarktpolitik gehört zu den Schwerpunkten der neuen Legislaturperiode. Sie muss aber zielgerichtet sein. Wir werden sie mit einer Bedarfsanalyse unterlegen.

Wir haben ein effizientes Förderinstrumentarium, das wir noch passgenauer einsetzen werden:

- Indem wir erstens die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen durch Qualifizierung der Beschäftigten stärken.
- Indem wir zweitens Angebote auf unterschiedliche Zielgruppen noch besser zuschneiden.
- Und indem wir uns drittens auf die Eingliederung von Geringqualifizierten und Menschen mit Behinderung, von Migrantinnen und Migranten, aber auch von Berufsrückkehrerinnen und Alleinerziehenden konzentrieren. Auch um ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden wir uns besonders kümmern!

Wir treten mit Nachdruck dafür ein, das Prinzip „Fördern und Fordern“ in der Grundsicherung für Arbeitssuchende zu erhalten. Wir sehen in der Absicht der Bundesregierung, die bestehenden Optionskommunen unbefristet weiterarbeiten zu

lassen, ein ermutigendes Signal. Der Ansatz „Hilfe unter einem Dach“ hat sich bewährt.

Das heißt aber auch: Die Beteiligung des Bundes an den tatsächlichen Kosten muss gewährleistet sein!

Schon in absehbarer Zeit werden viele Unternehmen über einen Fachkräftemangel klagen. Wir stehen deshalb auch zum Bündnis für Ausbildung. Jedem Ausbildungswilligen und Ausbildungsfähigen soll weiterhin in Schleswig-Holstein ein Ausbildungsplatz angeboten werden!

Fachkräfte machen Wachstum erst möglich.  
Wir brauchen sie!

Moderne Unternehmen brauchen eine gute Anbindung. Die schaffen wir mit dem Ausbau aller Verkehrsträger:

Dafür nenne ich

- den konsequenten Weiterbau der A 20 mit der festen Elbquerung als westliche Umfahrung Hamburgs,
- den Ausbau der Hinterlandanbindung auf Straße und Schiene für die feste Fehmarnbeltquerung,

- den sechsspurigen Ausbau der A 7 bis Bordesholm,
- den Ausbau der B 404 zur A 21,
- den Lückenschluss der A 23 bei Itzehoe und den Ausbau der B 5 bis zur dänischen Grenze,
- die Modernisierung der Bahnstrecke zwischen Kiel und Lübeck,
- den sukzessiven Ausbau der Bahnstrecke zwischen Niebüll und Westerland,
- den Ausbau der Schienenstrecken im Hamburger Randgebiet,
- den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals,
- und den bedarfsgerechten Ausbau unserer Häfen an Nord- und Ostsee.

Um möglichst viele dieser Projekte auch zeitnah zu verwirklichen, müssen sie rechtzeitig geplant werden.

Wir tun das!

Und im Hinblick auf den Bund sage ich: Der Norden hat Nachholbedarf! Hier müssen jetzt Taten folgen!

Um eine ausgezeichnete Anbindung umfassend zu gewährleisten, kümmern wir uns auch um den Datenverkehr:

Wir sorgen für den raschen Ausbau des Breitbandnetzes. Bis spätestens 2020 soll die flächendeckende Versorgung stehen. Wir schaffen Voraussetzungen für einen topmodernen Wirtschaftsstandort!

Wir werden öffentliche Aufgaben – da wo sinnvoll – privatisieren. Das gilt auch für die Beteiligung des Landes an der HSH Nordbank.

Wir wollen das eingesetzte Kapital zurückerhalten und uns von dieser Beteiligung trennen. Weitere Haftungsrisiken werden wir nicht übernehmen.

Wir werden einen Lenkungsausschuss unter Federführung des Wirtschaftsministeriums und unter Beteiligung des Finanz- und des Justizministerium bilden. Der Lenkungsausschuss wird die Restrukturierung der HSH begleiten.

Wir haben vereinbart, das Sparkassengesetz zu ändern. Für öffentlich-rechtliche Sparkassen sollen die Möglichkeiten zu einer verbesserten Eigenkapitalausstattung erweitert werden.

Die Sparkassen haben sich in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise als stabilisierender Faktor erwiesen. Ihre Verankerung vor Ort und ihre Kompetenzen bei der regionalen Finanzierung müssen insbesondere zum Wohl des Mittelstandes erhalten bleiben.

Die Struktur der öffentlich-rechtlichen Sparkassen soll weiter bestehen.

Die kommunalpolitisch Verantwortlichen sollen im Einzelfall über die Nutzung der neuen Möglichkeiten entscheiden.

Schleswig-Holstein wird den Glückspielstaatsvertrag kündigen und auf eine bundeseinheitliche Regelung drängen. Bei Alternativvorschlägen zum staatlichen Monopol, etwa in Form eines Konzessionsmodells, werden wir unser Augenmerk auf die Möglichkeiten der Abgabenerhebung zu Gunsten des Landes und der Generierung von Mitteln für den Sport und andere gemeinnützige Zwecke legen. Den Spieler- und Jugendschutz werden wir dabei nicht vernachlässigen.

Wir werden die Bedingungen für die Schlüsselsektoren unserer Wirtschaft weiter verbessern:

Die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft werden wir stärken. Der Tourismus soll durch Qualität, Qualifizierung und modernisierte Infrastrukturen profitieren.

In der Land- und Ernährungswirtschaft werden wir uns für den Landwirt als Unternehmer stark machen, der hochwertige Lebensmittel erzeugt, nachwachsende Rohstoffe produziert und sich um die Landschaft kümmert.

Unser Ziel ist es, den Anpassungsprozess an den Weltmarkt zu erleichtern und unsere Landwirte auf die neue EU-Förderperiode ab 2013 vorzubereiten. Wir brauchen leistungsfähige, zukunftsorientierte und nachhaltig wirtschaftende Betriebe!

Darüber hinaus muss es allen Beteiligten gelingen, möglichst viel Rohstoff in Schleswig-Holstein zu verarbeiten.

Nur durch die Stärkung unserer Veredelungswirtschaft kann eine möglichst hohe

Wertschöpfung erreicht werden. Und die brauchen wir!

Energie ist eine Stärke des Standortes im Norden. Der Ausbau erneuerbarer Energien hat für Schleswig-Holstein als Wind- und Agrarland Priorität. Wir werden sie verstärkt nutzen: Die Flächen für die Windenergie werden wir ausweiten. Wir haben eine Vorreiterrolle im Klimaschutz: Denn im Jahr 2020 wollen wir mehr als 100 Prozent des Stromverbrauchs unseres Landes rechnerisch aus erneuerbaren Energien erzeugen!

Sicher, sauber und bezahlbar muss Energie in Schleswig-Holstein sein: für Unternehmen und für die Bürgerinnen und Bürger. Bis die erneuerbaren Energien dies alleine leisten können, setzen wir auf einen vernünftigen Energiemix. Wir nutzen Kohle- und Kernenergie als Übergangstechnologien. Die Betriebssicherheit von Kraftwerken hat für uns dabei höchste Priorität.

Auch deshalb wirken wir auf die Übertragung von Reststrommengen von älteren auf jüngere Kernkraftwerke hin!

Diese Regierung steht für eine ehrliche und ideologiefreie Energiepolitik. Und zur Ehrlichkeit gehört auch, dass Kernkraftwerke Strom produzieren, ohne Kohlendioxid auszustoßen.

Wir arbeiten an einer Senkung des Energieverbrauchs und des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Deshalb werden wir auch den Klimapakt mit der Wohnungswirtschaft fortsetzen. Durch die Sanierung von Altbauten und den Einsatz neuer Technologien kann vieles erreicht werden.

Die Einlagerung von CO<sub>2</sub> unter schleswig-holsteinischem Grund und Boden lehnen wir ab. Die Entscheidungskompetenz liegt derzeit beim Bund. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie bei den Ländern angesiedelt wird.

### ***V. Bildungsqualität verbessern***

Gute Bildung stellt den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt. Gute Bildung ist die Basis für gesellschaftliche Anerkennung und berufliches Fortkommen.

Gute Bildung geht nicht allein von gesellschaftlichen Bedürfnissen oder den Anforderungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes aus.

Zuallererst hilft gute Bildung uns, das zu entwickeln, was in jedem einzelnen von uns steckt.

Gute Bildung ist die Basis für gesellschaftliche Anerkennung und berufliches Fortkommen.

Gute Bildung ist aber auch erste Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung.

Sie ist die Ressource für die Zukunft Schleswig-Holsteins.

Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle erreichen.

Und wir wollen die Qualität der Bildung in allen Bereichen verbessern.

Dabei haben wir einen festen Grundsatz:

Wir wollen mit mehr Freiräumen neue Kräfte wecken.

Für die Bildungschancen junger Menschen werden bereits im Vorschulalter wesentliche Grundlagen geschaffen. Deshalb wollen wir den Bildungsauftrag der Kindergärten stärken. Und wir werden den Ausbau der Tagesbetreuung für unter Dreijährige in einer guten Partnerschaft mit den Kommunen und den Trägern der Einrichtungen fortsetzen.

Diese Regierung wird den Schulen mehr Freiheit geben. Wir setzen auf mehr Eigenverantwortung der Schulen. Wir werden die Schulen von einem Übermaß an Vorschriften und Verwaltungsaufwand entlasten.

Eigeninitiative und Arbeitskraft werden sich so stärker auf die eigentlichen Bildungsaufgaben richten können: also auf den Unterricht.

So werden etwa die Grundschulen künftig selbst entscheiden können, ob im ersten und im zweiten Jahrgang Unterricht in Jahrgangsklassen oder jahrgangsübergreifender Unterricht geeigneter ist. Regional- und Gemeinschaftsschulen werden ebenfalls erweiterte Möglichkeiten zur Schulgestaltung erhalten.

Die Gymnasien wollen wir als leistungsorientierte öffentliche Schulart weiterentwickeln. Sie werden die Wahl haben zwischen einer verkürzten Schulzeit, G 8, und einem neunjährigen gymnasialen Bildungsgang. Auch die Kombination beider Modelle wird möglich sein. Wir haben ein großes Interesse daran, dass der Bildungsgang G 8 ein Erfolg wird. Damit dieser Erfolg eintreten kann, darf die Arbeitsbelastung der Schüler in G 8 nicht ausufern.

Es ist unser Ziel, dass alle Kinder und Jugendlichen in der Schule ihre Begabungen und Stärken entfalten können.

Jedes Kind hat den gleichen Anspruch auf Förderung. Das gilt zum Beispiel für das lernschwache ebenso wie das hochbegabte Kind. Kein Kind darf unter die Räder kommen!

Deshalb sehen wir in einem differenzierten Schulangebot die Grundlage individueller Förderung. Die erforderlichen Gesetzesänderungen werden dem Parlament noch im ersten Halbjahr 2010 zugeleitet. Wir werden uns natürlich mit der Kritik des Landesrechnungshofes in seinem Schulbericht

auseinandersetzen. Es ist aber politisch entschieden, dass wir einen Teil des demographischen Gewinns zur Verbesserung der Unterrichtssituation einbringen.

Und ich sage auch: Wir werden nicht an dem Grundsatz rütteln, den Schulen mehr organisatorische Freiheit einzuräumen. Zu lange sind die Schulen in diesem Land gegängelt und bevormundet worden!

Das Lehramtsstudium wird den neuen Schulstrukturen angepasst. Für das Ziel unserer Regierung, die Qualität der Bildung zu verbessern, ist eine gute Unterrichtsversorgung an unseren Schulen unerlässlich. Zudem brauchen wir auch sehr gut ausgebildete und fortgebildete Lehrerinnen und Lehrer.

Die berufliche Bildung ist für einen großen Teil der Jugendlichen die Brücke zum Arbeitsleben. Um sie weiter auszubauen, wird die Landesregierung das Handlungskonzept „Schule und Arbeitswelt“ fortsetzen.

Nach unserer Überzeugung ist nicht nur die berufliche Bildung, sondern Bildung überhaupt der zentrale Standortfaktor.

Schleswig-Holstein hat hervorragende Fachhochschulen und Universitäten. Mit dem Hochschulpakt werden wir für mehr Studienanfänger ein hochwertiges Studienangebot gewährleisten: Ab 2011 sorgen wir für weitere 9.700 Studienplätze.

Wir haben die Ärmel hochgekrempelt! Und wir verzichten dabei auf Studiengebühren. Aber ich habe auch Verständnis für den Unmut, wenn bei der Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge noch Startschwierigkeiten auftreten.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen stärken wir weiterhin. In der Exzellenzinitiative waren wir erfolgreich, weitere Anträge werden wir auch finanziell unterstützen, damit ein forschungs- und innovationsfreundliches Umfeld geschaffen wird.

Die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft schafft Arbeitsplätze und ist ein Motor für Wachstum!

Ein besonderer Stellenwert kommt hier unseren außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu.

Wir stehen zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein. Der Sanierungskurs ist auf einem guten Weg. Am Ende dieses Weges müssen schwarze Zahlen stehen!

Wir werden das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein zu einem Zentrum für Spitzenmedizin in Krankenversorgung und Forschung ausbauen. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten schon heute ausgezeichnete Arbeit!

Unser Land ist reich an kulturellem Erbe. Es prägt die Identität unserer Heimat. Wir wollen es in seiner Vielfalt pflegen. Wachstum ist Kreativität und Toleranz. Und ohne Kunst und Kultur ist Kreativität nicht denkbar!

Theater, Museen, Literatur, Musik, bildende Kunst und andere Kulturbereiche zu fördern, bleibt eine herausragende Aufgabe des Landes und der

Kommunen. Dazu wird ein Kulturentwicklungsplan dienen.

Kultur setzt auf die Kraft der Bürgerinnen und Bürger. Sie wollen wir ernst nehmen – übrigens auch im Denkmalschutz, der die Interessen der Eigentümer berücksichtigt und nicht dirigistisch daherkommt, sondern werbend sein soll.

Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten Wesentliches für Wertevermittlung und Sinnstiftung. Die partnerschaftliche Verbindung mit ihnen wollen wir erhalten und vertiefen.

## ***VI. Sicherheit in Schleswig-Holstein***

Sicherheit in Schleswig-Holstein soll umfassend sein. Dazu zählt ohne Zweifel die Innere Sicherheit. Dazu zählt eine verlässliche Justiz. Und dazu zählt eine profilierte Sozialpolitik. Menschen Chancen geben, ihre Potenziale nutzen und so Wachstumskräfte entfesseln – das ist unsere Devise!

Für ein faires Miteinander setzen wir auf eine Sozialpolitik der Chancen. Wir wollen eine konsequent präventive Sozialpolitik, die Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglicht. Sozialpolitik darf nicht länger nur Reparaturbetrieb sein!

Schleswig-Holstein ist das Gesundheitsland Nummer 1 in Deutschland. Wir haben den höchsten Anteil der Beschäftigten in diesem Wirtschaftssektor. Auch weil er so stark ist, sind wir bisher vergleichsweise stabil in der aktuellen Wirtschaftskrise!

Wir nehmen die Herausforderung an, auch in Zukunft eine wohnortnahe und dezentrale Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten und stationären Gesundheitsleistungen sicherzustellen. Das gilt besonders für den ländlichen Raum!

Voraussetzung dafür ist eine leistungsgerechte und transparente Vergütung.

Eine weitere Zentralisierung des Gesundheitssystems lehnen wir ab!

Die Pflege ist eine der größten Herausforderungen, der sich eine älter werdende Gesellschaft stellen

muss. Dabei lassen wir uns von dem Grundsatz leiten, möglichst lange die eigene Häuslichkeit zu erhalten. Das entspricht den Lebensvorstellungen der meisten älteren Menschen.

Hierfür brauchen wir eine professionelle Versorgungsstruktur. Übrigens: Die Pflegekräfte machen einen anspruchsvollen Job und haben deshalb unseren Dank und unsere Anerkennung verdient!

Es gibt noch immer viele Felder, auf denen Frauen in unserem Land im Nachteil sind. Diese Regierung wird vor allem über die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf dagegen angehen.

Präventive Sozialpolitik bedeutet auch, dass der Kinderschutz und die Bekämpfung der Kinderarmut am Anfang jeder Gesellschaftspolitik stehen. Kinder müssen teilhaben können an Bildung, Gesundheit und Zukunftschancen!

Das zivilgesellschaftliche Engagement ist der Kitt, der die Gemeinschaft zusammenhält.

Eigenverantwortung und Selbstbestimmung gehen

einher mit der Verantwortung der Gesellschaft für den Einzelnen. Daher werden wir das Ehrenamt weiter stärken.

Eine funktionsfähige Justiz ist eine wesentliche Voraussetzung für ein gerechtes Miteinander der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Die Ziviljustiz entscheidet nicht nur in privaten sozialen Konfliktfällen, sondern bietet auch den Unternehmen und Gewerbetreibenden zeitnahen und verlässlichen Schutz.

Die Landesregierung wird einen Schwerpunkt bei der Streitschlichtung und der gerichtlichen Mediation setzen!

Wir stehen für ein faires Miteinander ein. Das heißt auch: Der Respekt vor anderen Kulturen und Traditionen muss dort seine Grenze finden, wo elementare Grundsätze unserer Rechtsordnung berührt sind.

Integrationspolitik ist für uns ohne Bildung, Ausbildung und Arbeit nicht denkbar!

Wir erfüllen den Anspruch unserer Bürgerinnen und Bürger, in Schleswig-Holstein frei und sicher leben zu können. Sicherheit und bürgerliche Freiheit müssen dabei stets in Balance gehalten werden. Wir werden die bestehenden Eingriffsbefugnisse neu bewerten und mit der neuesten Verfassungsrechtsprechung abgleichen.

Denn klar ist auch: Eingriffsbefugnisse dürfen nicht zerstören, was sie schützen sollen!

Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die Landespolizei und wir bedanken uns für die täglich geleistete Arbeit. Wir werden alles in unseren Kräften stehende tun, um Leistungsfähigkeit und Motivation zu erhalten.

Neue Stellen kann es nicht geben. Aber wir werden durch organisatorische und strukturelle Veränderungen mehr Personal für den operativen Dienst zur Verfügung stellen.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sicher sein und sich sicher fühlen. Das ist auch für den Wirtschaftsstandort ein nicht unwesentlicher Faktor! Sicherheit ist Grundbedingung für Wachstum.

## ***VII. Schleswig-Holstein: Im Bündnis stärker***

Die Landesregierung sieht sich im festen Bündnis mit den Kommunen in Schleswig-Holstein.

Wir führen deshalb den partnerschaftlichen Dialog mit unseren Kreisen, Städten und Gemeinden auf Augenhöhe.

Die Gemeinden sind die Keimzelle des Gemeinwesens.

Deshalb habe ich mich stets gegen eine Gemeindegebietsreform gewandt.

Und auch eine von oben verordnete Kreisgebietsreform wird es mit dieser Regierung nicht geben!

Damit sich das ehrenamtliche Engagement auf kommunaler Ebene wirkungsvoll entfalten kann, bedarf es zugleich leistungsfähiger Verwaltungen.

Deshalb werden wir insbesondere die Anstrengungen der Kreise und kreisfreien Städte, aber auch der Ämter und Gemeinden aktiv unterstützen: Sie können durch verstärkte Kooperationen oder auch freiwillige Zusammenschlüsse zu einer effizienteren

Aufgabenerledigung kommen und neue Gestaltungsspielräume für kommunale Selbstverwaltungsaufgaben erschließen.

Vor Ort wirksame Entscheidungen sollten möglichst auch vor Ort getroffen werden. Wir werden deshalb den Prozess der Aufgabenverlagerung vom Land auf die Kreise und kreisfreien Städte sowie von den Kreisen auf die kreisangehörigen Ämter und Gemeinden fortsetzen.

Außerdem werden wir für mehr demokratische Teilhabe und kommunale Eigenverantwortung sorgen.

Vielfalt bereichert uns. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark hat in den vergangenen Jahren so gut funktioniert wie noch nie. Hier haben die nationalen Minderheiten vorgearbeitet.

Liebe Kollegin Spoorendonk, Sie können darauf vertrauen, dass Minderheiten in Schleswig-Holstein Chefsache bleiben. Wir sind uns einig: Es hat sich bewährt. Die Zuständigkeit für Minderheiten wird in der Staatskanzlei bleiben!

Diese Landesregierung bekennt sich klar zu den Minderheiten der Dänen, der Friesen, der Roma und Sinti. Das gleiche gilt für die Deutsche Volksgruppe in Dänemark.

Wir denken über Grenzen hinweg: im Norden wie im Süden. Aus Nachbarschaften haben sich Partnerschaften und Freundschaften entwickelt. Die Kooperation mit Hamburg birgt für unser Land weiterhin enormes Potenzial: Wir werden sie ausbauen. Denn sie hat Schubkraft für Wachstum.

Unsere Landesvertretung in Berlin wird dafür sorgen, dass unser Aufbruch auch in die Hauptstadt, in Bundestag und Bundesrat hineingetragen wird. Und mit dem Hanse-Office in Brüssel, werden wir vorleben, dass Europa starke Regionen hat.

Wir werden unsere Interessen in Europa selbstbewusst zur Geltung bringen. Wir werden auf dem internationalen Parkett als engagierter Sachwalter Schleswig-Holsteins auftreten!

***VIII. Umwelt schützen, Schöpfung bewahren***

Schleswig-Holstein ist ein schönes Land. Seine Natur, Lebensräume und Artenvielfalt sind einmalig und schützenswert. Es ist unsere Aufgabe, diese Schöpfung zu bewahren. Das muss im Interesse jedes Bürgers und jeder Bürgerin liegen. Und deshalb wollen wir Naturschutz mit den Menschen machen: bürgernah und unbürokratisch - Kooperation statt Konfrontation!

Den begonnenen erfolgreichen Weg der Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen insbesondere im Netz Natura 2000 werden wir vor Ort mit den Menschen fortsetzen. Wir werden die Landesstrategie „Naturschutz 2020“ konsequent umsetzen. Bei uns gehen Freiwilligkeit und Förderung vor Zwangsmaßnahmen und Ordnungsrecht!

Das bürgerschaftliche Engagement wie auch das von Stiftungen werden wir stärken. Über den Vertragsnaturschutz gewinnen wir Land- und Forstwirte als Partner.

Gemeinsam mit den Naturschutzverbänden und lokalen Aktionsgruppen werden wir Projekte maßschneidern, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen.

Und wir werden neue Wege gehen, um auch den Flächenverbrauch zu stoppen. Dies gilt nicht nur für die bauliche Entwicklung, sondern auch für Ausgleichs- und Ersatzflächen.

Wir stellen das Ökokonto, eine ökologische Aufwertung und eine konsequente Nutzung von Altstandorten in den Vordergrund.

Schleswig-Holstein ist wie kaum ein anderes deutsches Land von den Gefahren des Klimawandels bedroht. Ich denke dabei besonders an die Niederungsgebiete unserer Küsten. Die Auswirkungen des Klimawandels sind nicht regional zu begrenzen. Deshalb werden wir uns auch vermehrt bundesweit und auf europäischer Ebene in die Diskussion um den Klimaschutz einmischen. Gerade der Küstenschutz hat Vorrang vor anderen Schutzinteressen!

Völlig klar ist, dass man Ökonomie und Ökologie zusammenbringen muss. Und das geht auch: Es ist sogar ein Erfolgsrezept: Für mehr Wachstum und Beschäftigung. Ich bin ein Verfechter der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft!

Und sie sollte nicht auf Schleswig-Holstein,  
Deutschland oder Europa begrenzt sein!

### ***IX. Schluss***

Diese Regierung hat neuen Mut für Reformen.  
Diese Regierung geht mit Tatkraft Herausforderungen  
an.

Und so wird diese Regierung für einen Aufbruch  
sorgen.

Sie steht zusammen in Partnerschaft, voller  
Vertrauen und auf der Basis einer fairen  
Zusammenarbeit.

Sie ist sich ihrer Verantwortung bewusst und  
übernimmt sie mit der festen Überzeugung,  
Schleswig-Holstein für die Zukunft Stabilität verleihen  
zu können.

Diese Regierung wird offen, aber auch entschlossen  
sein.

Diese Regierung wird offen sein für guten Rat, weshalb ich unter meiner Führung im kommenden Jahr einen Zukunftsrat einrichten werde: bestehend aus Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft.

Herausforderungen der Zukunft, wie etwa die Folgen der demographischen Entwicklung auf allen Politikfeldern, möchte ich gemeinsam mit dem Zukunftsrat diskutieren. Wir werden für Lösungen arbeiten!

Diese Regierung wird entschlossen sein, weil wir wissen: Unser Wohlstand ist bedroht, wenn wir nicht handeln.

Diese Regierung wird handeln.

Wir werden uns um das Wohlergehen der Menschen in Schleswig-Holstein kümmern.

Einzel-Interessen werden zurückstehen müssen. Wir werden auf manch Liebgewonnenes verzichten müssen.

Aber wir tun es, um etwas zu gewinnen:

Wir werden Freiheit gewinnen von drückender Last.

Wir werden Spielräume gewinnen für unser Land.  
Und wir werden Stärke gewinnen für die Zukunft.

Diese Regierung wird handeln: Für das Gemeinwohl.  
Für die Menschen in diesem Land.

Ich bin der festen Überzeugung: Wir haben die Kraft,  
unserem Land eine Perspektive zu geben bis in das  
Jahr 2020.

Dafür werbe ich um Unterstützung.  
Packen wir es gemeinsam an!

Vielen Dank.